

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

8.8.1930 (No. 183)

auch manche neue Ansprüche an Wohnkultur außer acht lassen.

Seit langem wird die Einführung eines Einkaufs- und Vertriebsmonopols für alle Kraftwagenbetriebsstoffe befürwortet, eine Forderung, die aufs neue erhoben wurde, nachdem infolge des ab 1. August in Kraft getretenen Spiritusbeimischungszwangs eine Steigerung des Selbstkostenpreises für Benzin um 1 1/2 Pf. pro Liter für die Vertriebsgesellschaften berechnet wurde und demgemäß eine neue Benzinpreiserhöhung in Aussicht stand. Zu einer solchen ist es ja nun nicht gekommen. Die Gesellschaften haben vorläufig davon abgesehen, wohl weil sie eine Verstärkung des infolge der Wirtschaftskrise an und für sich schon eingetretenen Absatzrückganges befürchteten; vielmehr auch wegen ihres Zusammenhangs mit den großen Ölkonzernen, die große Übervorräte haben und in Amerika schon zu Preisermäßigungen schreiten mußten.

Es wird nun angeregt, durch Übertragung eines Einkaufs- und Vertriebsmonopols an die im „Benzolverband“ vereinigten deutschen Zechen die deutsche Position auf dem Weltmarkt zu stärken, zumal die Verbraucher wegen der Klopffreiheit immer mehr Benzin-Benzol-Gemische bevorzugen und auch der steigende deutsche Benzolbedarf von den Zechen gedeckt werden könnte. Dadurch käme auch der durch Konkurrenzstämpfe, ganz unrationelle Tankstellenverteilung und -reklame der verschiedenen Gesellschaften verteuerte Benzinpreis erheblich gesenkt und durch solche Senkung der stark überhöhten Betriebskosten der Kraftfahrzeuge die deutsche Automobilindustrie, die knapp zur Hälfte ihrer Kapazität beschäftigt ist, gestärkt werden. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß die deutschen Betriebsstoffgesellschaften in Wirklichkeit lediglich Unterorganisationen der amerikanischen und englischen Ölkonzerne seien, daß somit die ausländischen Rohstoffproduzenten und Exporteure die Belieferung Deutschlands in der Hand haben. Dadurch sei natürlich nichts weniger als Sicherheit dafür gegeben, daß für den deutschen Verbrauch auf dem Weltmarkt möglichst günstige Preise erreicht werden. Es müsse eine Organisation geschaffen werden, die ein Interesse an der Erzielung billiger Preise habe, zumal es sich um außerordentlich große Summen für die Konsumenten und unsere Volkswirtschaft wie auch um das Gedeihen einer so wichtigen Industrie wie des deutschen Kraftwagenbaues handle.

Die neuen Entlassungen bei Daimler-Benz nicht nur in Mannheim, sondern auch in Untertürkheim, wo nun das Schwergewicht des Unternehmens liegt, illustrieren die Krise in der deutschen Automobilindustrie, die sowohl auf Verringerung des Inlandabsatzes infolge der schlechten Wirtschaftslage wie auf den geringen Absatz nach dem durch steigende Zölle sich abschließenden Ausland zurückzuführen ist. Auch die unter amerikanischem Einfluß stehenden Werke in Deutschland und die Montagebetriebe spüren diese Entwicklung, so daß auch Opel seit längerem verkürzt arbeitet und weitere Entlassungen ankündigt. Die Aufnahmefähigkeit Deutschlands ist eben vom In- und Ausland überschätzt worden.

Dabei handelt es sich um eine deutsche Industrie, die besonders stark betriebsmäßig durchrationalisiert worden ist. Was die Möglichkeiten weiterer Rationalisierung nach der organisatorischen Seite anlangt, so sind sie beschränkt, wie auch Generalmotors, das größte Unternehmen Amerikas, an selbständigen Gesellschaften unter einheitlicher Leitung festhält. Etwas Derartiges scheint zur Zeit für die zum Interessensbereich der Danatbank gehörigen Werke geplant, die Zusammenfassung von Adler, Büffing, und N.A.G. unter einer Art Holdinggesellschaft. Außer dem amerikanisierten Opel besitzt Deutschland acht große Kraftwagenfabriken, von denen drei Kleinwagen bauen. Neuerdings wird eine Zusammenarbeit mit den großen Stahlwerken vorgeschlagen, um die von dieser Seite gelieferten Konstruktionsteile noch weiter zu normalisieren. Auch Wünsche auf Erhöhung der Zölle werden wieder geäußert. Deutschland nahm 1929 97 500 Personen- und 22 600 Lastwagen auf. Davon waren 67 Proz. Personen- und 64 Proz. Lastwagen deutscher Herkunft. Erheblich günstiger als die Autoindustrie steht die deutsche Motorradindustrie da, die sowohl ihren Inland- wie ihren Auslandsabsatz steigern konnte und mit der Herstellung von 186 000 Motorrädern seit 1929 an der Spitze der Weltproduktion steht.

In den großen Holzlagern des Dampfzägers Oswald Hartmann in Kienitz brach am Donnerstagabend ein Brand aus, der einen ungeheuren Umfang annahm. Der Schaden ist außerordentlich groß. Da der Brand zur gleichen Zeit an verschiedenen Stellen ausbrach, vermutet man Brandstiftung.

Eine infolge eines Wolkenbruchs in der amerikanischen Stadt Rogales an der mexikanischen Grenze aufgetretene gewaltige Überschwemmung forderte 20 Todesopfer; viele Menschen werden vermisst. Zahlreiche Häuser wurden weggeschwemmt. Die Einwohner wurden in ihren Häusern im Schlaf überrascht.

In einem im 12. Stock des Gebäudes der Bundesreservebank in New York gelegenen Restaurant entstand in einem Hausen von Abfallpapier ein Brand, der zwar bald gelöscht werden konnte, aber doch im ganzen New-Yorker Finanzviertel eine gewisse Aufregung verursachte, da in den Gewölben der Bundesreservebank mehr als eine Milliarde Dollars in Gold untergebracht ist.

Freud Goethepreisträger. Wie die „Voss. Zig.“ aus zuverlässiger Wiener Quelle erfährt, hat sich das Kuratorium der Goethepreiskommission in Frankfurt a. M. auf den Psychoanalytiker, Professor Freud in Wien, als Preisträger dieses Jahres geeinigt. Der Goethepreis, der am 28. August jedes Jahr verliehen wird, beträgt 10 000 M. und ist bisher an Stefan George, an den bekannten Philologen und Afrikaforscher Albert Schweitzer und den Kulturphilosophen Leopold Zrealer verliehen worden.

Die bürgerlichen Sammlungsbestrebungen gescheitert

Die Besprechungen Höpfer-Wischhoff-Scholz ergebnislos. Die Besprechungen zwischen dem Abg. Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei und dem preussischen Finanzminister Höpfer-Wischhoff von der Staatspartei am Donnerstag, haben zu keinem positiven Ergebnis geführt. Es sind die Bestrebungen, eine bürgerliche Mitte zu schaffen, somit als gescheitert anzusehen. Ebenso sind die Verhandlungen der Deutschen Volkspartei mit der neuen Rechtsgruppe und der Wirtschaftspartei gescheitert.

Der Demokratische Zeitungsdienst gibt folgende Darstellung der Unterredung Höpfer-Wischhoff-Scholz:

Dr. Höpfer-Wischhoff wies einleitend darauf hin, daß es das Gebot der Stunde sei, eine Partei der staatsbürgerlichen Mitte zu schaffen, und daß dabei die Grenzen sowohl nach rechts wie nach links gemahrt werden müßten, daß insbesondere nach seiner Auffassung auch der Trennungstrieb gegen die konservativen Gruppen der Landvolkspartei und der konservativen Volkspartei gezogen werden müsse, daß andererseits ebenso wie diese konservativen Gruppen auch die Sozialdemokratische Partei als eine staatsbejahende Partei anerkannt werden müsse, unbeschadet dessen, daß man im gegenwärtigen Wahlkampf gegen sie und für die Regierung Brüning-Dietrich eintrete.

Minister Höpfer-Wischhoff machte dann im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich Dr. Scholz folgendes Angebot: Die Staatspartei und die Volkspartei schließen sich auf gleichberechtigter Grundlage zu einer Partei zusammen. Herr Geheimrat Kahl, der sowohl das Vertrauen der in der Staatspartei vereinigten Elemente wie der Volkspartei besitzt, übernimmt bis zur endgültigen Konstituierung der neuen Partei, die nach den Wahlen erfolgen soll, die Führung.

Minister Dr. Scholz lehnte dieses Angebot ab und machte dafür folgendes Angebot: Die Deutsche Staatspartei geht in der Deutschen Volkspartei auf. Minister Dr. Scholz gibt in diesem Falle die Führung ab.

Minister Höpfer-Wischhoff erklärte, daß dieses Angebot dem Grundgedanken aller bisherigen Bemühungen, aus dem Gehäule der alten Parteien herauszukommen und die für die Gründung einer neuen Partei der staatsbürgerlichen Mitte in Betracht kommenden freisortlich-kraftigen Kräfte auf einer neuen Grundlage zu sammeln, widerspreche. Es müsse eine innere Umwandlung zugunsten der neuen Partei vorgenommen werden. Ein Aufgehen der Staatspartei in die Volkspartei bedeute lediglich eine Sammlung auf dem Wege der Deutschen Volkspartei und könne der Staatspartei nicht zugunsten werden.

Minister Dr. Scholz erwiderte darauf, daß er mit seinem Angebot bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Die Volkspartei sei nun einmal die stärkere Partei und der Wahlkampf müsse lehren, was überhaupt hinter der Bewegung stehe. Ein weiteres Entgegenkommen sei ihm unmöglich.

Auf die Frage des Ministers Höpfer-Wischhoff, ob Freitag noch eine Aussprache mit Herrn Brüning stattfinden solle, der seine Vermittlung angeboten habe und der am Freitagvormittag in Berlin anwesend sei, erwiderte Minister Dr. Scholz, daß er diese Unterredung für zwecklos halte. Seine Partei warte darauf, daß nunmehr die Parole zum selbständigen Vorgehen ausgegeben werde, und er werde diese Parole jetzt ausgeben.

Auch die Verhandlungen der Volkspartei mit der Rechtsgruppe gescheitert

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das Organ der Deutschen Volkspartei, teilt folgendes mit:

Zum Zwecke der Sammlungsbestrebungen, die zum Ziele haben, zur Überwindung der Vormachtstellung der Sozialdemokratie eine geschlossene Front aller staatsbejahenden Elemente unter Zurückstellung des Trennenbens zu schaffen, fand am Donnerstagabend im Reichstag eine entscheidende Rücksprache zwischen den Vertretern der Landvolkspartei, der Konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei statt.

Nachdem auf Grund der bisherigen Verhandlungen Aussicht bestand, daß in der Besprechung eine Verständigung erzielt werden könnte, gab der Vertreter der Landvolkspartei die Erklärung ab, daß seine Partei zu seinem Bedauern die Aktion, die er seither mit allen Kräften gefördert habe, ihre endgültige Zustimmung verweigern müsse. Darauf erklärte der Vertreter der Konservativen Volkspartei, daß hierdurch eine neue Lage geschaffen sei, und er daher seine Zustimmung nicht geben könne. — Der Vertreter der Wirtschaftspartei betonte, daß auch für seine Partei keine Möglichkeit der Mitwirkung gegeben sei.

Damit war der Versuch, noch vor den Wahlen zu einer vorläufigen staatsbürgerlichen Einigung zu kommen, gescheitert.

Der Streit in Nordfrankreich Zusammenstöße in Lille

W.D. Paris, 8. Aug. (Tel.) In Lille kam es gestern nachmittag zu Zusammenstößen, als die Polizei Ansammlungen von Streikenden verhinderte. Drei Personen wurden verhaftet.

Zu einem Bericht über die Streiklage im nordfranzösischen Industriegebiet gibt „Matin“ die Gesamtzahl der Streikenden mit 135 000 an, einschl. von 30 000 belgischen Arbeitern, die täglich zur Arbeit über die Grenze kommen. Die Streikbewegung hat dem Blatt zufolge vor allem fast die ganze Textilindustrie betroffen, während bei der Metallindustrie vereinzelt eine Wiederaufnahme der Arbeit zu verzeichnen ist. Einzelne Blätter behaupten, daß die verschiedenen Streikunruhen, die vorgekommen sind, von kommunistischen Elementen herbeigeführt worden seien. Die kommunistische „Humanité“ bezieht die Zahl der Streikenden auf 140 000.

Rücktritt der liberalen Regierung in Kanada

Ottawa, 8. Aug. (Tel.) Der Ministerpräsident Madenzie hat dem Generalgouverneur einen Besuch gemacht, um ihm den offiziellen Rücktritt der liberalen Regierung zu überbringen. Der neue konservative Premierminister Bennett wird heute dem Generalgouverneur den Eid leisten.

Verabfolgung des Strafmaßes im Tiffen-Prozess. Im Prozess des früheren Vorstehers der Posten-Bank AG, Wilhelm Tiffen sen., vor der Verurteilung in Kiel hatte der Angeklagte infolge Erfolg, als er eine Verabfolgung der Strafe erreichte. Eine Reihe von Zeugen sagten fälschlich günstig für den Zeugen aus, dessen Lebensführung sehr einfach gewesen sei. Statt drei Jahren Gefängnis wurde auf eine Strafe von zwei Jahren Gefängnis und 200 M. Geldstrafe erkannt.

Austritte bei den Deutschnationalen. Sämtliche Mitglieder der Deutschnationalen Fraktion im Dresdener Stadtverordnetenkollegium sind aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten und sind zur Deutschen Volkspartei übergegangen. Gewerkschaftssekretär Hart ist zu den Christlichsozialen übergetreten.

Aus den Ländern

Der Kampf um die Schlachtsteuer in Bayern

Die Landtagsfraktion des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes hat den Antrag eingebracht, daß die durch Verordnung des Gesamtministeriums vom 1. August 1930 eingeführte Schlachtsteuer nicht erhoben wird, und zur Deckung des Fehlbetrages im Staatshaushalt 25 Proz. der durch das Besoldungsgehalt vom 20. April 1928 gewährten Erhöhungen zugunsten der Staatskasse gekürzt werden sowie die Ministerialzulagen ab 1. September 1930 in Wegfall kommen. Von Seiten der Organe der Bayerischen Volkspartei wird erklärt, daß die Belastung des Konsums durch die Schlachtsteuer 2 1/2 Pf. für das Pfund Fleisch betrage, und daß die Steuer unbedingt notwendig sei, um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Die opponierenden Parteien hätten die Steuer sicher widerstandslos hingenommen, wenn sie von Berlin aus verordnet worden wäre.

Neue Gemeindefskandale

Wie die „Pfälzische Volkszeitung“ meldet, wurde am Mittwochabend der Profurist Rohr der Gasanstalt AG Kaiserslautern verhaftet, nachdem durch einen verdächtigten Bücherrevisor festgestellt worden war, daß Rohr Unterzuschlagungen in Höhe von bis jetzt 56 000 M. begangen hatte.

Vor einigen Monaten wurde durch eine Berliner Treuhandgesellschaft eine Revision der Bücher vorgenommen, wobei festgestellt wurde, daß durch eine völlig veraltete Buchungsmethode erhebliche Fehlbeträge entstanden waren, über die Buchungen nicht vorhanden waren. Der Direktor der Anstalt, Geiser, wurde beurlaubt, und der Buchhalter Rohr zum Profuristen bestellt. Geiser bediente den etwa 100 000 M. betragenden Fehlbetrag aus eigener Tasche. Eine neue Revision ergab nunmehr, daß seit 1926 durch den Buchhalter und späteren Profuristen Rohr mindestens 56 000 M. unterschlagen worden sind. Rohr, der ein Monatsgehalt von 500 M. hatte und auf sehr großem Fuß lebte, war zunächst geflüchtet, kehrte aber wieder Mittwochabend nach Kaiserslautern zurück, wo seine Verhaftung vorgenommen wurde.

Der Wohlfahrtspfleger Richard Surel in Frankfurt a. M., der, wie gemeldet, am 20. Juli überfallen und beraubt sein wollte, hat nunmehr der Kriminalpolizei gegenüber ein Geständnis abgelegt. Er hat zugegeben, den Raubüberfall und die Veruntreuung der durch die Post erhaltenen Summe von 5200 M. vorgeführt zu haben. Ferner hat er eingestanden, auch noch 344 M. von früher erhaltenen Wohlfahrtsgebern für sich verbraucht zu haben. Von der Kriminalpolizei sind nun 5004 M. herbeigeschafft worden.

Bei dem Städt. Elektrizitätswerk in Bremen sind umfangreiche Durchsuchereien des zweiten Direktors, Laue, aufgedeckt worden, auf die hin zunächst das gesamte Vermögen Laues gerichtlich beschlagnahmt wurde. Laue hat auf sehr großem Fuß gelebt. Er soll, wie es heißt, persönlich an dem Ankauf elektrischer Apparate aller Art, die er als Amtsperson des Elektrizitätswerkes vornahm und zugleich als Verkäufer finanziell beteiligt gewesen sein. Dabei soll es sich um große Summen handeln. Auch der Inhaber der Metallfirma Prief & Wessel, ein gewisser Wührich, ist verhaftet worden.

Ein Zwischenfall in Ostafrika

Nach Meldungen aus Tanga im früheren Deutsch-Ostafrika sollen sich dort ansässige englische Siedler über das Auftreten der Befragung des deutschen Kreuzers „Karlshöhe“ in der Stadt beschwert haben. Die Befragung des Kreuzers, der sich bekanntlich auf einer Übungsreise an der ostafrikanischen Küste befindet, soll in Tanga eine Art von Japfenstreich oder eine ähnliche Veranstaltung abgehalten haben, die zahlreiche deutsche Elemente herbeilodete, die sich natürlich über ihre Landsleute freuten. Das von der „Daily Mail“ berichtete und scharf kritisierte Ereignis fand außerdem an einem Samstagabend statt, was zahlreiche deutsche Siedler veranlaßt haben mag, vom Lande in die Stadt zu kommen, um die Landsleute zu sehen.

Sollte sich — so schreibt die „Frankf. Zig.“ dazu — die Eingelheit als richtig erweisen, daß die deutschen Matrosen mit den Eingeborenen fraternisiert hätten, so wäre das geradezu eine geschichtliche Ironie, denn das Land um Tanga ist ja vom Völkerverbund mit der Begründung in Verwahrung genommen und an England gegeben worden, daß Deutschland es nicht verstanden habe, sich das Vertrauen der Eingeborenen zu erwerben.

Die amerikanischen Hitzeschäden

W.D. New York, 8. Aug. (Tel.) Infolge der andauernden Hitze wird in vielen Gegenden der Wassermangel immer bedrohlicher. Auch macht sich ein unerbittlichmähiges Ansteigen der Sterblichkeit unter älteren Personen bemerkbar. Die Bundesgesundheitsbehörde verweist in einer Mitteilung an die Presse warnend auf die bedenkliche Zunahme von Typhusfällen. Die New-Yorker Milchvertriebsgesellschaften haben den Milchpreis um 1 Cent je Liter erhöht, die städtische Gesundheitsbehörde erklärt jedoch, daß die Milchzufuhr noch für mindestens zwei Wochen gesichert sei.

Wahnsinn in Amerika

W.D. Washington, 8. Aug. (Tel.) Die Bundesregierung ist unter persönlicher Leitung des Präsidenten Hoover weiterhin bemüht, der amerikanischen Landwirtschaft, die durch die außerordentlich dürrer schwer betroffen ist, zu Hilfe zu kommen. Nach den vorliegenden Meldungen ist leider zu befürchten, daß der durch die Trockenheit entstandene Schaden tausend Millionen Dollar zu erreichen droht, wenn nicht alsbald Regen fällt.

Wahnsinn in Amerika

W.D. Marion (Ohio), 8. Aug. (Tel.) Zwei junge Regier, die wegen Erschießung eines Weibes und eines Überfalls auf seine Begleiterin verhaftet worden waren, wurden von der Menge, die das Gefängnis gestürmt hatte, aus ihren Zellen herausgeholt und auf dem Platz vor dem Gerichtsgebäude an einem Baum aufgehängt. Die Menge war bei dem ersten Versuch, das Gefängnis zu erstürmen, mit Tränengasbomben zurückgedrängt worden. Nachdem sie dann auf mehrere Tausend Köpfe angewachsen war, kehrte sie zum Gefängnis zurück und nunmehr gelang es ihr, die Tore einzuschlagen und sich der Gefangenen zu bemächtigen.

Der am Donnerstag in Berlin beendete Start- und Landwettbewerb in Europaflug ergab, daß der vorjährige Sieger Marzill wieder an die Spitze rückte. Er hat zwar nur die gleiche Punktzahl wie der als Zweiter folgende Pof, jedoch entschied die bessere Wertung im Start- und Landwettbewerb. Die dritte Stelle konnte Alf Spooner für England belegen.

Ein deutsches Postflugzeug, das in der Nacht zu Donnerstag um 23 Uhr von Stockholm nach Stralsund abgeflogen ist, wurde Donnerstag mittag auf See in sinkendem Zustande aufgefunden. Die beiden Insassen sind wahrscheinlich ums Leben gekommen. Nach einer weiteren Meldung sollen die Leichen gefunden worden sein. Es handelt sich um den Kapitän Langante und den Radiotelephonisten Lindemann.

Seine Chronik

Auf der Juche Ewald-Fortsetzung bei Reddinghausen erfolgte ein Einbruch. Mehrere Bergleute wurden verschüttet. Zwei Steiger sind tot, ein Schichtmeister wurde schwer verletzt.

Die Schlüterischen Mühlenwerke in Vangeloh bei Elmshorn sind mit Ausnahme einiger Nebengebäude bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Große Vorräte an Mehl und Getreide wurden vernichtet.

In Berlin wurde heute, Freitag, früh der Geldbriefträger Kleue vom Postamt W 50 in der Prager Straße von drei jungen Burschen überfallen. Da sich Kleue heftig widersetzte, rissen sie die Posttasche auf und stahlen jenseitig Geld, wie sie fassen konnten. Kleue fiel, von den Schlägen betäubt, zu Boden. Einer der Räuber wurde festgenommen. Der verletzte Geldbriefträger befindet sich in ärztlicher Behandlung.

Im neuen Stadtviertel in Freiburg (Schweiz) vergnügten sich 2 Knaben im Alter von 8 bis 9 Jahren auf einem Kleinauto. Plötzlich setzte sich der Wagen gegen die Saane in Bewegung und fuhr mit den beiden Kindern ins Wasser. Da der Fluß zur Zeit Hochwasser führt, wurden die beiden Knaben von der Strömung fortgerissen und konnten noch nicht geborgen werden.

Der bekannte Schweizer Pilot Mittelholzer, dessen Afrikaflüge noch in guter Erinnerung sind, trifft dieser Tage zu einem Besuch in Berlin ein, wobei, wie das „D. Z.“ zu wissen glaubt, über das Projekt einer Bezeichnung des Mount Everest im Flugzeug verhandelt werden soll. Die Schwierigkeiten eines solchen Fluges sind natürlich, wie man sich nach dem Ausgang aller bisherigen Mount Everest-Expeditionen denken kann, sehr groß.

Als Folge des Erdbebens in Mittelitalien bildete sich in Treviso eine Spalte von zwei Meter Durchmesser, der Tiefe etwa 100 Meter. Über deren Zusammenhang man noch nicht im klaren ist. Die Tiefe der Spalte soll überaus groß sein; sie konnte aber bisher noch nicht gemessen werden.

Nach Meldungen aus Teheran ist in Afghanistan eine Choleraepidemie ausgebrochen, die sich schnell ausbreitend täglich 200 Todesopfer fordert.

Badischer Teil

Disziplinarverfahren gegen im badischen Schuldienst stehende Lehrer

Vom Unterrichtsministerium wird berichtet:

Der Unterrichtsminister hat gegen sechs seiner Verwaltung unterstellte Lehrer das Disziplinarverfahren eröffnet, weil sie für die NSDAP aktiv wirkten. Bei zwei dieser Disziplinarverfahren ist bzw. wird Antrag auf Dienstentlassung gestellt. Einer dieser Fälle ist bereits beim Disziplinarhof anhängig; der Spruch des Disziplinarhofes kann aber erst nach Abschluß der Gerichtsferien gefällt werden.

Vier Lehrer wurden, da ein Antrag auf Disziplinarentlassung nicht zu stellen war, vom Unterrichtsministerium abgeurteilt. Ihre Disziplinarverfahren mußten als weniger schwer beurteilt werden, weil es sich um bisher unbestrafte Beamte handelte und weil die Art ihres Vergehens nicht so war, daß bei den ersten zur Aburteilung kommenden Fällen die schwerste Disziplinarstrafe am Plage ergriffen.

Hauptlehrer Schuppel in Reichenbach-Schwanenbach bei Villingen und Hauptlehrer Gärtners in Neufreistadt erhielten als Disziplinarstrafe einen Verweis nebst einer Geldstrafe von 100 RM, die Gewerbelehrer Wächter und Wächter in Forstheim einen Verweis nebst 50 RM Geldstrafe.

In den Disziplinarerkenntnissen ist u. a. ausgesprochen, daß nach Art. 118 Abs. 2 auch den Beamten das Recht zusteht, einer freien Meinung Ausdruck zu verleihen. Dieses Recht sei aber durch die für die Staatsbeamten geltenden beamtenrechtlichen Bestimmungen begrenzt, wonach die Beamten bei ihrer politischen Betätigung Rücksicht auf ihr Amt zu nehmen hätten. Die Beamten dürften auch in ihrem außerdienstlichen Verhalten die gegenüber der Verfassung eingegangene Treupflicht nicht verletzen.

Zwei der bestraften Lehrer haben gegen das gegen sie ergangene Erkenntnis Beschwerde eingelegt, über die demnächst das Staatsministerium Entscheidung zu treffen hat.

Es kann keine Rede davon sein, daß die bis jetzt gefällten Disziplinarerkenntnisse einen „Rückzieher“ des Unterrichtsministers bedeuten, wie das Karlsruher Blatt der NSDAP kühn behauptet. Es hat sich nichts an der in der Verlautbarung des Unterrichtsministers in der „Karlsruher Zeitung“ vom 5. Juli vertretenen Auffassung geändert, daß nämlich die positive Betätigung für eine staatsfeindliche Partei mit den Beamtenpflichten nicht vereinbar werden könne, und daß Beamte, die sich nicht hiernach richteten, die Einleitung von Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen hätten.

Das Badische Staatstechnikum

(Höhere Technische Lehranstalt) in Karlsruhe

hat ihr Sommerstudienhalbjahr 1930 am 27. März mit 548 Studierenden eröffnet. Darunter befanden sich 108 Neueinsteiger, davon in den Vorbereitungsclassen 98, in den Fachklassen 15. Die vier Abteilungen waren wie folgt besetzt: die Hochbauabteilung von 161 Studierenden, die Tiefbauabteilung von 82, die Maschinenbauabteilung von 137, die Elektrotechnische Abteilung von 141 Studierenden. An dem der Tiefbauabteilung angegliederten a) Vermessungstechnischen Lehrgang beteiligten sich 12 Studierende, b) Kulturtechnischen Lehrgang beteiligten sich 15 Studierende. Es wurden geführt: 4 Vorbereitungsclassen, einfach, 21 Fachklassen, davon 19 einfach, 2 doppelt. Das Alter der Studierenden betrug im ganzen Durchschnitt (nach dem Stand zu Beginn des Studienhalbjahres) 21,8 Jahre. Von den 548 Studierenden des Berichtshalbjahres waren ihrer Staatsangehörigkeit nach: Baden 484, Preußen 24, Württemberg 24, Bayern 13, Hessen 1, Auslandsdeutscher 1, Luxemburger 1.

Von den 494 badischen Staatsangehörigen waren beheimatet im Kreis Karlsruhe 174, Kreis Heidelberg 54, Kreis Offenburg 45, Kreis Freiburg 43, Kreis Baden 40, Kreis Mannheim 31, Kreis Konstanz 25, Kreis Balingen 25, Kreis Lörrach 21, Kreis Mosbach 16, Kreis Waldshut 10.

Der Lehrkörper der Anstalt setzte sich im Berichtshalbjahr aus insgesamt 66 Mitgliedern zusammen, einschließlich des durch Wahl bestimmten Direktors.

Die Reichstagswahlen in Baden

Demokraten und Staatspartei

In Mannheim und Forstheim haben sich die Ortsgruppen der Deutschen Demokratischen Partei für die Deutsche Staatspartei erklärt, der sie für die Reichstagswahl ihre Organisation zur Verfügung stellen wollen. Das gleiche geschah in Lörrach. Dort wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Bildung der Staatspartei begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen, daß es endlich gelinge, zwischen Sozialdemokraten und Nationaldemokraten eine breite Front der staatsbejahenden Kräfte zu bilden. Die bisherige Ernennung der Kandidaten wurde jedoch kritisiert; es gehe nicht an, daß am grünen Tisch die Kandidaten festgelegt werden. Die Versammlung nahm den Beschluß des Landesauschusses an, die Kandidatenaufstellung dem Parteivorstand zu überlassen. Die in Frage stehenden Persönlichkeiten müßten dem Wahlkreis vor der definitiven Aufstellung zur Diskussion gestellt werden.

Aus Kreisen der Volkswirtschaftlichen Reichsvereinigung in Baden erfährt die „Bad. Presse“, daß ihr Landesvorstand am letzten Sonntag beschlossen hat, sich der neuen Deutschen Staatspartei anzuschließen und den Vorschlag der Demokratischen Partei gutzuheißen, dem Reichsfinanzminister Dietrich die Spitzenkandidatur im badischen Wahlkreis anzubieten. In gemeinsamer Aussprache der beiden Gruppenführer wurde übereinstimmend erzielt, daß die einheitliche Organisation für vordere auf gemeinschaftliche Wahlschlüsse für das Land, die Bezirke und die Gemeinden zu befrachten habe, die Vereinheitlichung der Organisationen aber erst nach der Reichstagswahl erfolgen solle.

Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei

Wie die „Bad. Presse“ erfährt, sieht sich der Landtagsabgeordnete Bauer, der sich zur Zeit in der Militärkasanstalt Bad Kissingen befindet, gezwungen, jegliche Kandidatur für den Reichstag abzulehnen. Ebenso hat der Arzt dem Abg. Bauer jede Teilnahme an der Wahlkandidatur verboten.

Zu einer Meldung, daß Dr. Curtius aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten sei, wird erklärt, daß diese Meldung unzutreffend ist. Dr. Curtius weilt bekanntlich zur Zeit zur Kur im Schwarzwald.

Der Verfassungstag

Der Evangel. Oberkirchenrat hat die Kirchengemeinderäte und Kirchenvorstände ersucht, eine kirchliche Feier des Verfassungstages gemäß seiner früheren Verordnung zu gestalten.

Der Südwestdeutsche Rundfunkgroßsender

Die Arbeiten an der Rundfunk-Großsenderanlage bei Mülbacher Schreien sind fast beendet. Seit etwa 3 Wochen ist das Personal einer Berliner Rundfunk-Großfirma, die seitens der Oberpostdirektion Stuttgart mit der Einrichtung der technischen Anlagen beauftragt wurde, an der Arbeit. Einer der beiden Funktürme ist fertiggestellt; die Arbeiten am zweiten, rechten Turm dürften in Bälde auch erledigt sein. Die Luftschiffstation ist zwar, soweit zu sehen, noch nicht ausgelegt, doch ist wohl mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Großsenderanlage bei Mülbacher Ende September fertiggestellt und Anfang Oktober d. J. in Betrieb genommen werden kann.

Tagungen

Die deutschen Berufsphotographen in Konstanz. Der Zentralverband Deutscher Photographenvereine und Innungen, in dem etwa 90-95 Proz. aller selbstständigen deutschen Berufsphotographen organisiert sind, hält seine diesjährige Tagung vom 11. bis 15. August in Konstanz ab. Insbesondere sollen Maßnahmen gegen den unlauteren Wettbewerb im Photographengewerbe beraten werden. Des ferneren steht auf der Tagesordnung der auch in internationaler Beziehung wichtige Schutz des photographischen Urheberrechts. Auch die Gemeindefotografie wird einen wichtigen Gegenstand bilden. Aber den gegenwärtigen Stand der deutschen Berufsphotographie wird eine Wilderschau unterrichten, die in der Weissenburg-Galerie ihren Platz erhält. An der Tagung nehmen auch neben den deutschen Delegierten diejenigen der Organisationen aus Österreich und der Schweiz teil.

Der Verband der Mediziner, Stengler und Installateure Badens u. der Pfalz hielt seinen 34. Verbandstag in Speyer ab. Besprochen wurden die Einwände zu einem Manteltarif für Baden. Soweit feststeht, soll es jedem einzelnen Ort überlassen bleiben, seinen Tarif zu gestalten, allerdings unter Zugrundelegung des einheitlichen badischen Tarifes. Zur Frage der Lehrlingsausbildung wurde betont, daß das deutsche Handwerk seiner gegenwärtigen Struktur nach guten gelehrten Nachwuchs braucht. Das reine Gesamtvermögen des Verbandes beläuft sich im Augenblick auf 13.500 RM. Für die Tagung 1932 wurde Konstanz bestimmt.

Aus der Landeshauptstadt

Ausgabe von Sonntags- und Arbeiterführerfahrten am Verfassungstag (11. August). Am Verfassungstag, der in Baden und Hessen Feiertag ist, werden Sonntagsführerfahrten und Arbeiterführerfahrten ausgegeben. Da er in diesem Jahre auf einen Montag fällt, gelten die Sonntagsführerfahrten zur Einfahrt v. 9. August, mittags 12 Uhr an bis 11. August, zur Rückfahrt am 10. und 11. August unbeschränkt und am 12. August bis 9 Uhr. Am 12. August muß die Rückfahrt spätestens um 9 Uhr angetreten werden und darf nicht mehr unterbrochen werden. Die Arbeiterführerfahrten gelten zur Fahrt nach dem Wohnort der Angehörigen am 9., 10. und 11. August, zur Fahrt nach dem Arbeitsort am 10., 11. und 12. August. An der allgemeinen Bestimmung, daß sie längstens 7 Tage, den Tag der Lösung eingerechnet, gelten, ändert sich dadurch nichts.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach dem Durchzug einiger letzten Regenfronten, die stellenweise von Gewittern begleitet waren, trat im Laufe des gestrigen Tages Besserung des Wetters ein. Die Luftdruckverteilung über Europa, insbesondere über dem Festlande, wo durch anhaltendes Steigen des Druckes ein flacher Hochdruckrücken entstanden ist, bietet vorläufig Aussicht auf Fortdauer des zwar nur zeitweilig heiteren, im Vergleich zu den letzten Tagen aber doch immerhin günstigeren Wetters. Voraussage: Zeitweise heiter, vorwiegend trocken und tagsüber wärmer.

Waagen aller Art
liefert:
FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik
Stuttgart-Cannstatt 3

Gemeinderundschau

Am Schwefelings Vorschlag. Der Gemeinderat Schwefelings hat beschlossen, den vom Bürgerausschuß am 20. Juli abgelehnten Haushaltsplan für 1930 dem Kollegium erneut und unverändert zur Zustimmung vorzulegen. Es wird in der Begründung u. a. darauf hingewiesen, daß erneut mit erheblichen Kürzungen der Steuerüberweisungen des Reiches zu rechnen sei.

Gegen den Abbau der Oberrealschule Wiesloch. Der Bezirksrat Wiesloch nahm in seiner letzten Sitzung u. a. auch Stellung zu dem geplanten Abbau der Oberrealschule. Auch der Bezirksrat unterstützt die Forderung der Gemeindevertreter, daß die Schule in ihrem jetzigen Umfang erhalten bleiben muß. Ein Abbau der Schule sei nur dann berechtigt, wenn allgemein das Verhältnismäßigkeit eingeschränkt werde. Unter einem Abbau der Schule müßten die entfernt liegenden Landgemeinden noch schwerer leiden, als die Schulfabrik selbst.

Der neue Werkdirektor in Offenburg. Zum Direktor der Städt. Gas- und Wasserwerke wurde vom Stadtrat Diplomingenieur Arthur Schneider, Karlsruhe, Abteilungsvorstand beim Gasinstitut, gewählt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	8. August	7. August		
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.49	168.83	168.49	168.83
Kopenhagen 100 Kr.	112.15	112.37	112.13	112.35
Italien 100 L.	21.905	21.941	21.90	21.94
London 1 Pfd.	20.369	20.409	20.366	20.406
New York 1 D.	4.182	4.190	4.1805	4.1885
Paris 100 Fr.	16.455	16.495	16.445	16.485
Schweiz 100 Fr.	81.335	81.495	81.325	81.485
Wien 100 Schilling	59.12	59.24	59.115	59.235
Prag 100 Kr.	12.402	12.422	12.401	12.421

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 6. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7897 Pence.

Die Indeziffer der Großhandelspreise. Die für den Monatsdurchschnitt Juli berechnete Großhandelsindeziffer des Statistischen Reichsamtes hat mit 125,1 gegen den Vormonat (124,5) um 0,5 Proz. angezogen. Von den Hauptgruppen hat sich die Indeziffer für Agrarstoffe um 4,6 Proz. auf 114,8 erhöht, während die Indeziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren um 2,1 Proz. auf 119,4 und diejenige für industrielle Fertigwaren um 0,5 Proz. auf 150,5 zugenommen ist.

Aus der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden

In der Vollversammlung, die unter dem Vorsitz des Prääsidenten Nicolai vor kurzem stattfand, nahm die Kammer ein Referat über die Frage der Änderung der Vergleichsordnung entgegen, das Bankier Professor Dr. Stein übernommen hatte. Als besonders wichtig bezeichnete der Berichterstatter die Frage der Mindestquote. Bei Gewährung einer Quote unter 50 Proz. müsse unbedingt eine Sicherheit dafür vorhanden sein, daß diese Quote tatsächlich ausbezahlt werde, daß ferner die Quote innerhalb eines Jahres nach Bestätigung des Vergleichs zur Auszahlung gelangt. Geschehe letzteres nicht, so solle das Vergleichsverfahren automatisch in das Konkursverfahren übergehen, um damit dem vielfach beobachteten Mißstand des Hinausziehens des Verfahrens ein Ende zu bereiten. Nur in Ausnahmefällen möge eine Verlängerung dieser Frist um 1/2, höchstens 3/4 Jahr, zugelassen werden. Zu der umstrittenen Frage der Zulässigkeit des Liquidationsverfahrens führte der Berichterstatter die Ansicht an, daß man den Liquidationsvergleich mit Rücksicht auf die heutigen Wirtschaftsverhältnisse und solange eine entsprechende Änderung der Konkursordnung nicht vorliegt, schwerlich werde entbehren können. Auch hier sei für den Regelfall die Forderung einer Mindestquote von 50 Proz. angebracht.

Sodann befahte sich die Kammer mit einer Bekanntmachung des Ministers des Kultus und Unterrichts über den Ausbau der Volksschule, über die Syndikus Dr. Arienon Bericht erstattete. In den Wirtschaftskreisen des Kammerbezirks sei es daher begrüßt worden, daß der Minister auf Mittel und Wege sinne, um den ungesunden Verhältnissen einer überspannten Schulausbildung aus sozialen, wirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen zu steuern. Zu diesem Zwecke werde ein Ausbau der Volksschule angeregt, die in ihren Lehr- und Stoffplänen so gestaltet werden soll, daß jeder Volksschüler dadurch die seiner Begabung entsprechende Grundlage zu jedem Berufe erlangen könne, der kein Hochschulstudium erfordere. Damit soll erreicht werden, daß die höheren Lehranstalten nur von solchen Schülern besucht werden, die zur Hochschule streben. Vor allem müsse nach den Ausführungen der ministeriellen Bekanntmachung in der Volksschule durch Erweiterung und Vertiefung des Unterrichts oder durch Aufbau weiterer Klassen erreicht werden, daß Volksschüler nach erfolgreichem Besuch der obersten Volksschulklasse ohne Schwierigkeiten nicht nur zur einfachen Handels- und Gewerbeschule, sondern auch zur höheren Handels- und Gewerbeschule übergehen können. In der Aussprache wurde betont, daß die Wirtschaft nach wie vor großen Wert auf eine gute Volksschulbildung lege, die namentlich richtiges und deutliches Schreiben, gutes Rechnen und Deutsch erziele. Insbesondere lasse die Fähigkeit der Schüler, sich über einfache geschäftliche Vorgänge schriftlich klar auszudrücken, oft zu wünschen übrig. Man hielt es für notwendig, vor der Zulassung zu den höheren Schulen eine strenge persönliche Auslese zu treffen und die Leistungen der Volks- und Mittelschulen so zu steigern, daß sie dem tüchtigen Schüler eine für das praktische Leben wirklich genügende Ausbildung mitgäben. Ablehnend verhielt sich aber die Kammer gegenüber einem etwa geplanten Aufbau der Volksschule durch eine Einführung eines 9. Volksschuljahres. Die Frage der Einführung des Fremdsprachunterrichts in den höheren Klassen der Volksschule sei örtlich verschieden zu beurteilen. Wenn man hier jedoch vorsichtig zu Werke ginge und nur die besten, freiwillig sich meldenden Schüler nach vorheriger Befragung der Eltern und nur dann heranzöge, wenn sie gute Leistungen im Deutschen aufweisen könnten, so brauche man solchen Bestrebungen gegenüber wohl keine Bedenken zu haben.

Gegen Eisenpreiserhöhung. Zu den Meldungen, wonach die Aoi (Arbeitsgemeinschaft der beratenden Industrie) einem Beschluß des süddeutschen Eisenhandels auf Erhöhung der Preise für Geschäfte über 15 Tonnen um 2 RM je Tonne zugestimmt hätte, wird mitgeteilt, daß sie im Gegenteil gegen die Erhöhung auf das lebhafteste Einspruch erhoben habe, ebenso wie gegen die Versuche anderer Eisengroßhandelsverbände, die Preisermäßigung der eisenhaltenden Industrie nicht vollkommen weiterzugeben. In den Verhandlungen mit diesen Verbänden wurde erreicht, daß diese Versuche aufgegeben wurden, so daß also in allen Gebieten des Deutschen Reichs, mit Ausnahme von Süddeutschland, die Preisfestsetzung der eisenhaltenden Industrie in vollem Umfange durchge-

führt ist. Mit dem süddeutschen Eisengroßhandelsverband sind, wie die Aoi weiter mitteilt, die Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt. Die Aoi protestiert nach wie vor dagegen, daß der süddeutsche Eisenhandel die von der eisenhaltenden Industrie vorgenommene Preisfestsetzung in seinem Gebiet mit ungenügenden Gründen hinzuhalten sucht. Die Aoi hat bereits angedroht, daß sie sich an das Reichswirtschaftsministerium wenden würde, wenn die Verhandlungen nicht zum Ziele führen.

Die Lage in der Buntsteinindustrie in Baden und auch in der Pfalz wird immer schwieriger. Zahlreiche Betriebe, so in Neckargemünd, an der Haardt, im Speyerbachtal und bei Eulensbach, im Glan- und Alsenzthal, die vor mehreren Jahren noch blühend waren, liegen still, verdrängt durch die sich immer weiter Eingang verschaffende Kunststein- und Betonindustrie. Auch die nordpfälzischen Hartsteinwerke in Kirchheimbolanden haben nicht den Absatz, der nötig ist, um den Betrieb rationell zu gestalten.

H. Fuchs Waggonfabrik AG, Heidelberg. Durch den gemeldeten perfekten Übergang der circa 95 Proz. betragenden Aktienmehrheit der H. Fuchs Waggonfabrik an die Verein. Westdeutschen Waggonfabriken AG. in Köln wird eine Umbesetzung des Aufsichtsrats durch Hinzuwahl von Vertretern der neuen Besitzerin notwendig. Auch andere mit der Verschmelzung noch offenkundigen Fragen, z. B. die interne Regelung des Arbeitsverhältnisses innerhalb der drei Werke, die nunmehr zu Westwaggon gehören, nämlich Deuß-Köln, Gebr. Castell-Mainz und Fuchs Waggon Heidelberg, wird vorgenommen werden. Es wird daher die H. Fuchs Waggonfabrik in kürzester Zeit eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Dem „Heidelb. Tagbl.“ zufolge wird u. a. der Aufsichtsratsvorsitz bei Fuchs, den bisher Generaldirektor Schönborff innehatte, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates von Westwaggon, Generaldirektor Dr. Köttgen, übertragen werden. Der Heidelberger Oberbürgermeister, Dr. Reinhaus, wird auch weiterhin im Aufsichtsrat von Fuchs verbleiben, zumal ihm bekanntlich das Verdienst um die seinerzeitige Sanierung der Gesellschaft zukommt und auch die Stadtgemeinde selbst durch das 500 000.-M.-Darlehen an dem weiteren Fortgang des Betriebes interessiert ist.

Fusion in der Schokoladenindustrie. Die Gebrüder Stollwerck AG. in Köln teilt mit: Die Fabrikation und Kundenschaft der drei Firmen Reichardt-Werke GmbH., Johann Gottlieb Hauswaldt GmbH. und Gaedke GmbH. sind mit Wirkung ab 1. Juli d. J. auf Stollwerck übergegangen. Da sich die vertraglichen Abmachungen in der Hauptsache auf Übernahme der Fabrikation der Werke, der Absatzorganisation und der Betriebsanrichtungen erstrecken, braucht die Gebrüder Stollwerck AG. Aufwendungen, die eine Immobilisierung von Kapital erfordern würden, nur in bescheidenem Maße zu machen. Dagegen wird der künftig stark vergrößerte Geschäftsumfang von Stollwerck, der nach vollständiger Überleitung eine Umsatzsteigerung von 50 bis 60 Proz. erhoffen läßt, die Bereitstellung größerer Summen für die Finanzierung des Betriebs erforderlich machen. Diese Beträge sind zum größeren Teil durch einen festen, 20 Jahre laufenden, nach einer Frist von fünf Jahren in gleichmäßigen Raten zu tilgenden Kredit gesichert. Die Gesellschaft

wird im Zusammenhang mit dieser Transaktion eine weitgehende Einflußnahme bei der Goldbina AG. zur weiteren Rationalisierung und Verbilligung der Herstellungslosten erlangen.

Ein neuer Kalthafen im Oberrhein. Um die von den elsässischen Kaligruben beabsichtigte direkte Kaliberladung ab Gruben auf dem Wasserweg zu erleichtern, hat die Stadt Mülhausen das Projekt eines neuen Binnenschiffahrtshafens ausarbeiten lassen. Geplant ist auf der Höhe von Brunstatt ein Hafeneden, das sich in südlicher Richtung längs des Kanals hinzieht und vornehmlich die Kalitransporte für Süd- und Mittelfrankreich aufnehmen soll. Außer diesem nur für Kanalschiffe von höchstens 300 Tonnen Kapazität erreichbaren Hafen wird die Frage der Herstellung eines Hafens in der Hardt geprüft, der mit dem großen elsässischen Rheinfleasantal und damit direkt mit dem Rhein Verbindung erhalten würde.

Kurze Nachrichten aus Baden

5500 Turner kämpfen um den Sieg
D3. Mannheim, 8. Aug. Zum 15. Badischen Landesturnen am 8. bis 10. August werden 273 Vereinarbeiter um den Sieg ringen. Hierunter sind die kleinsten Vereine bis 8 Turner bis zu den höchsten Riegen bis 200 pro Riege vertreten. Die Vereine selbst sind in 4 verschiedenen große Stärkelassen eingeteilt. In der niedrigsten Klasse sind alle Vereine mit 8-20 Turnern, die nächste umfasst 21-32 Turner; dann 33-44, dann 45 und mehr. Dabei wird kein Unterschied gemacht zwischen ländlichem Verein und Stadtverein.

D3. Mannheim, 7. Aug. Der Stadtrat Mannheim hat beschlossen, die Ausstellung, die der Gewerbeverein und Handwerkerverband e. B. gemeinsam mit dem Mannheimer Hausfrauenbund im nächsten Frühjahr in der Rhein-Neckar-Halle veranstalten will, weitgehend finanziell zu fördern.

D3. Schwetzingen, 7. Aug. Unser Schlossgarten wurde im Monat Juli von 35 500 Personen besucht. Der Ausländerbesuch hat eine Steigerung von mindestens 50 Proz. erfahren und ebenso der Ferientouristenverkehr stark zugenommen.

D3. Sinsheim a. d. E., 6. Aug. Bürgermeister Siedler, der vor wenigen Tagen aus Gesundheitsrücksichten vom Amte zurücktrat, ist einem Schlaganfall erlegen.

D3. Freiburg i. Br., 7. Aug. Die seit dem 18. Juli in Betrieb befindliche Seilbahn auf dem Schauinsland erfreut sich trotz des schlechten Wetters einer starken Frequenz. Bis zum 4. August haben über 24 000 Personen die Bahn benutzt, was einer Einnahme von über 50 000 M entspricht. An den wenigen Sonntagstagen war der Andrang zur Bahn so stark, daß sie einen 8-Minuten-Verkehr einrichten mußte.

W.B. Freiburg i. Br., 8. Aug. In dem badischen Grenzstädtchen Weil a. Rh. sind zwei Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Die erforderlichen hygienischen Vorsichtsmaßnahmen sind angeordnet. Die Krankheit dürfte aus dem Elßach eingeschleppt worden sein.

bl. Hochdorf (bei Freiburg), 7. Aug. In der Nacht zum Donnerstag gegen 1 Uhr brach in der Wagnerei und Sti-

fabrik Hamm in Hochdorf aus bisher noch nicht gekannter Ursache Feuer aus. Trotz sofortigen Eingreifens der freiwilligen Feuerwehr konnte nichts mehr gerettet werden. Durch den starken Sturm griff das Feuer rasend um sich, so daß das Anwesen mit sämtlichen Ökonomiegebäuden, der Werkstätte sowie 600 Paar Stiern vollständig eingestürzt wurde.

D3. Elm bei Lichtenau, 7. Aug. Die Untersuchung der Leiche des zwölf Jahre alten Lienhard hat ergeben, daß dieser durch einen Schuß mit einem 6-Millimeter-Perzeral getötet worden ist. Als Täter kommt der 15 Jahre alte Wilhelm Friedmann in Frage, und es besteht wohl kein Zweifel, daß dieser nicht die Absicht gehabt hat, den Lienhard zu erschießen, daß vielmehr ein verhängnisvoller Leichtsinns so schwere Folgen hatte. Wesentlich schwerwiegender ist, daß der 16 Jahre alte Erwin Hertle nicht nur die Beseitigung der Leiche angeordnet hat, sondern auch selbst durchgeführt hat. Er hat die Leiche des kleinen Lienhard in einen Sack gesteckt, diesen Sack durch einen etwa einen halben Zentner schweren Stein belastet und in den Ahrbren versenkt. Während Wilhelm Friedmann aus der Haft entlassen worden ist, ist Hertle ins Bezirksgefängnis überführt worden. Bei ihrer Vernehmung offenbarten die Durtschen eine kaum zu überbietende Gefühlslosigkeit.

D3. Häusern (bei St. Blasien), 8. Aug. Gestern nacht ereignete sich beim Schlussschwembau im Sägebach bei Häusern ein tödlicher Unglücksfall. Ein 23 Jahre alter, schon seit längerer Zeit beim Bau beschäftigter Arbeiter wurde durch eine explodierende Karbidlampe derart verletzt, daß er auf der Stelle getötet wurde. Zwei mit ihm beschäftigte Arbeiter konnten sich durch Beiseitespringen retten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Ertrag der aus der Staatskasse bezahlten Viehschadenentschädigungen.

Zur Deckung des auf Grund des Viehschadenentschädigungsgesetzes vom 20. Oktober 1910 von den Tierbesitzern zu erlegenden Aufwands an Entschädigungen für das Rechnungsjahr 1929 ist eine Umlage von 58 Pf für jedes Stück Rindvieh zu erheben.

Karlsruhe, den 4. August 1930.
Der Minister des Innern:
 J. B. Weizel.

Lebensrettung.

Der 11 Jahre alte Schüler Otto Söhlin, Sohn des Wäckermeisters Otto Söhlin in Breisach, rettete am 21. Juni d. J. nachmittags etwa 4 Uhr einen des Schwimmens unfähigen 7 Jahre alten Knaben aus der Gefahr des Ertrinkens in dem etwa 1,20 Meter tiefen See, welche in Breisach a. Rh.

Dem Genannten spreche ich für seine entschlossene und mutige Tat hiermit die öffentliche Anerkennung aus.
 Freiburg i. Br., 4. August 1930.

Der badische Landeskommissär für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg
 J. B. Hef

Verfassungsfeier

Montag, den 11. August 1930, abends
 8 Uhr, findet im Stadtgarten zur
 Feier des Reichsverfassungstages

ein Stadtgartenfest

mit bengalischer Beleuchtung des
 Sees und der Anlagen statt unter
 Mitwirkung der Vereinigung bad.
 Polizeimusiker und der Gesang-
 vereine Vorwärts, Freundschaft-
 Beiertheim und des Männerge-
 sangvereins Karlsruhe

Die
 gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt
 wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen

Das Staatsministerium Der Oberbürgermeister

Der Eintrittspreis in den Stadtgarten ist
 für jedermann auf 20 Rpf. festgesetzt

Bei ungünstiger Witterung wird die
 Veranstaltung in die Festhalle verlegt

528

G. BRAUN GMBH.

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und
 Verlag • Verlag des Bad. Staatsanzeigers

KARLSRUHE i. B.

Karl-Friedrich-Straße 14

Formular- u. Werkdruckerei

empfehlenswert für den Druck von
 Formularen, Bekanntmachungen
 Plakaten, Broschüren u. Werken,
 Formularlager

Weiter fertigen wir an:

Für Stadt- und Gemeindebehörden,
 für Bau- und Sparvereine, für Ver-
 waltungen und Verkehrsvereine, für
 Industrie und Handel: Plakate ein-
 und mehrfarbig, Prospekte, Diplome,
 Kataloge, Führer, Landkarten, Ent-
 würfe und sämtliche Organisations-
 drucksachen in vornehmer, solider
 Aufmachung in Buch-, Stein-, Offset-,
 Kupfer- und Kupfertiefdruck



Verlangen Sie Vertreterbesuch

FERNSPRECHER 953